



## Eintrittserklärung

Hiermit bitte ich um die Aufnahme als Mitglied in die Feuerwehr Schenk lengsfeld.

- Einsatzabteilung  
 Jugendfeuerwehr

Name:

Vorname:

Straße, Nr.:

Wohnort:

Geburtsdatum, - Ort:

Telefon (privat):

Mobil:

Tefefax:

eMail:

Beruf:

Arbeitgeber:

Führerscheinklassen:

Ich war bereits vom                    bis                    Mitglied in der Feuerwehr                    .

Letzter Dienstgrad:

Ich habe bereits folgende Feuerwehr-Lehrgänge besucht:

Grundlehrgang	vom	bis	in
Sprechfunklg.	vom	bis	in
Maschinenlg.	vom	bis	in
Atemschutzlg.	vom	bis	in
Truppführerlg.	vom	bis	in
	vom	bis	in
	vom	bis	in
	vom	bis	in

(Bitte als Nachweis als Kopie anhängen!)

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

bei Minderjährigen: Einverständniserklärung der/des Erziehungsberechtigten: \_\_\_\_\_

### Datenschutzerklärung:

Hiermit willige ich ein, dass die Freiwillige Feuerwehr Schenk lengsfeld, meine personenbezogenen Daten, gleich welcher Art ausschließlich für dienstliche Zwecke erhebt, speichert, verarbeitet, nutzt und weitergibt.

Die Aufnahme als Mitglied in die Freiwillige Feuerwehr Schenk lengsfeld erfolgte durch den Gemeindebrandinspektor und den Feuerwehrausschuss am                    .

## Verpflichtung zur Vertraulichkeit von Mitgliedern der Einsatzabteilung der Feuerwehr

In der Feuerwehr legen wir besonderen Wert auf die Vertraulichkeit im Umgang mit schutzbedürftigen Informationen.

Dabei genießen personenbezogene Daten besonderen gesetzlichen Schutz. Personenbezogene Daten sind nicht nur die Daten, die sich konkret einer bestimmten Person zuordnen lassen (wie z.B. Name, Kontaktdaten, Beruf, Aufgabe im Unternehmen etc.), sondern auch die Daten, bei denen die Person erst über zusätzliche Informationen bestimmbar gemacht werden kann.

Wir gehen im Zweifel davon aus, dass ein Personenbezug einer Information vorliegt. Für personenbezogene Daten gelten dann die jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz wie z.B. die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union.

Nach der DSGVO dürfen personenbezogene Daten nur dann verarbeitet werden, wenn es hierzu eine Rechtsgrundlage gibt oder der Betroffene eingewilligt hat. Die Daten dürfen grundsätzlich nur zu den vorgesehenen Zwecken verwendet werden. Bei der Verarbeitung der Daten ist insbesondere zu gewährleisten, dass die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der personenbezogenen Daten gewährleistet ist.

Es bestehen Vorgaben und Geschäftsprozesse für die Verarbeitung personenbezogener Daten.

Für Sie konkret bedeutet diese **Verpflichtung zur Vertraulichkeit**, dass Sie Daten nur im Rahmen unserer internen Vorgaben verwenden und diese gegenüber Dritten vertraulich behandeln.

Auch die Angabe über Einsatzorte, betroffene Personen sowie Unfallhergänge sind personenbezogene Angaben und vertraulich zu behandeln. Allein die Weitergabe einer dieser Informationen kann strafrechtliche Folgen haben.

Darüber hinaus sind aber auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse schutzbedürftige Daten. Eine Offenlegung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen soll grundsätzlich nur dann erfolgen, wenn der jeweilige Vertrags- oder Geschäftspartner zuvor auf die Vertraulichkeit verpflichtet worden ist.

Wenn Sie hierzu Fragen haben oder sich im Zweifel unsicher sind, welche Regelungen zu treffen bzw. einzuhalten sind, können Sie sich jederzeit an Ihre/n Vorgesetzte/n oder die Datenschutzbeauftragte wenden.

Darüber hinaus stellt eine unzulässige Verarbeitung von personenbezogenen Daten in bestimmten Fällen auch eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit nach den §§ 42, 43 BDSG (s. Anlage) dar.

Beachten Sie ferner auch, dass bei einer unzulässigen Verarbeitung von personenbezogenen Daten Geldbußen oder andere Strafen möglich sind. Wir sollten daher gemeinsam darauf achten, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten in zulässiger Art und Weise erfolgt.

Diese **Verpflichtung zur Vertraulichkeit** besteht auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses fort.

Etwaige andere Vertraulichkeitsvereinbarungen bleiben unberührt.

Name der/des Mitgliedes: \_\_\_\_\_

Hiermit verpflichte ich mich zur Einhaltung der vorgenannten Regelungen zur Vertraulichkeit.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der/des Mitgliedes

### Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten:

Madeleine Reuffurth

Sicherheitstechnik Stolz GbR

Mail: [madeleine.reuffurth@sicherheitstechnik-stolz.de](mailto:madeleine.reuffurth@sicherheitstechnik-stolz.de)

Tel: 01590-1845373

### Anlagen:

Auszug aus dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) in der ab 25.5.2018 geltenden Fassung:

#### § 42 BDSG (neu)Strafvorschriften

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer wissentlich nicht allgemein zugängliche personenbezogene Daten einer großen Zahl von Personen, ohne hierzu berechtigt zu sein,

1. einem Dritten übermittelt oder  
2. auf andere Art und Weise zugänglich macht und hierbei gewerbsmäßig handelt.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer personenbezogene Daten, die nicht allgemein zugänglich sind, ohne hierzu berechtigt zu sein, verarbeitet oder durch unrichtige Angaben erschleicht und hierbei gegen Entgelt oder in der Absicht handelt, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen.

(3) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt. Antragsberechtigt sind die betroffene Person, der Verantwortliche, die oder der Bundesbeauftragte und die Aufsichtsbehörde.

(4) Eine Meldung nach Artikel 33 der Verordnung (EU) 2016/679 oder eine Benachrichtigung nach Artikel 34 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 darf in einem Strafverfahren gegen den Meldepflichtigen oder Benachrichtigenden oder seine in § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung bezeichneten Angehörigen nur mit Zustimmung des Meldepflichtigen oder Benachrichtigenden verwendet werden.

#### § 43 BDSG Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 30 Absatz 1 ein Auskunftsverlangen nicht richtig behandelt oder

2. entgegen § 30 Absatz 2 Satz 1 einen Verbraucher nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

(3) Gegen Behörden und sonstige öffentliche Stellen im Sinne des § 2 Absatz 1 werden keine Geldbußen verhängt.  
Eine Meldung nach Artikel 33 der Verordnung (EU) 2016/679 oder eine Benachrichtigung nach Artikel 34 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 darf in einem Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten gegen den Meldepflichtigen oder Benachrichtigenden oder seine in § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung bezeichneten Angehörigen nur mit Zustimmung des Meldepflichtigen oder Benachrichtigenden verwendet werden.